



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 19/19 • 09.05.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der freiwillige Ausstieg aus der Kohleverstromung bedeutet u.a. für Sachsen-Anhalt einen anstehenden Strukturwandel. Der Kohleausstieg ist schrittweise bis 2038 geplant und soll vom Bund mit 40 Milliarden Euro unterstützt werden.

Sachsen-Anhalt und die weiteren ostdeutschen Länder Sachsen und Brandenburg setzen sich zusätzlich für einen Beistand der EU zum anstehenden Strukturwandel ein.

Dazu, wie eine solche Unterstützung aussehen sollte, gibt es verschiedene Ansätze. Um die Möglichkeiten mit der Europäischen Kommission zu besprechen, reiste Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff am Montag dieser Woche nach Brüssel, wo er gemeinsam mit den Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsens eine Reihe von Terminen wahrnahm. Ministerpräsident Haseloff betonte, dass der deutsche Kohleausstieg nur dann funktionieren könne, wenn die EU mithelfe. Wichtig seien Signale an die Menschen in den betroffenen Gebieten.

Weitere Informationen zu den Terminen der Ministerpräsidenten finden Sie auf Seite 13.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union

80

80



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	<u>2</u>
<u>Aus den Institutionen</u>	<u>4</u>
<ul style="list-style-type: none">• Europäisches Parlament - Europawahl 2019: Beispielloser Erfolg für Wahlwerbespot des Parlaments• Europäische Kommission – Vier neue europäische Bürgerinitiativen registriert• EuGH bestätigt Vereinbarkeit des Investitionsgerichtssystems mit den EU-Verträgen	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	<u>7</u>
<ul style="list-style-type: none">• Vorbereitung auf die Europawahl - Mit dem Wahl-O-Mat Positionen verschiedener Parteien entdecken• Webseite mit Mehrheitsrechner - Ergebnisse der Europawahl in Echtzeit verfolgen• Osterweiterung vor 15 Jahren hat europäische Geografie und Geschichte miteinander ausgesöhnt• Mehr als 14 Millionen junge Menschen haben seit 2014 von der Jugendgarantie profitiert• Europäische Batterieallianz - Erste Projekte sollen bald starten• Deutliche Zunahme der Flüssigerdgasimporte aus den USA• Sorge um den Verlust der Biodiversität• Kreislaufwirtschaft: Quantifizierung von Lebensmittelabfällen in der EU• Öffentliche Konsultation: Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V)• Agrar - Leichter Zugang zu Finanzierung für Junglandwirte	
<u>Was, wann, wo</u>	<u>13</u>
<ul style="list-style-type: none">• Drei Ministerpräsidenten fordern Unterstützung der EU beim anstehenden Kohleausstieg• Bericht zur Podiumsdiskussion „Digitale Gewitterwolken – (Wie) Sollte die EU Plattformen regulieren?“• Das europäische Demografie-Netzwerk plant gemeinsame Aktivitäten	
<u>Ausschreibungen</u>	<u>17</u>
<ul style="list-style-type: none">• Start der Kampagne „Europa in meiner Region“• Kommission startet nächste Bewerberrunde für 20.000 DiscoverEU-Tickets• Programm für Nachwuchsjournalisten - Trainingsprogramm zu gewinnen• Aktion von Creative Europe Desks Deutschland - Motivation zum Wählen wird mit EU-Hoodie belohnt	
<u>Kontaktbörse</u>	<u>20</u>
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	<u>23</u>
<ul style="list-style-type: none">• Tipp - Das Europa-Ticket Sachsen-Anhalt: Die neue Initiative für junge Menschen aus Sachsen-Anhalt• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	<u>27</u>
<u>Impressum</u>	<u>28</u>



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament - Europawahl 2019: Beispielloser Erfolg für Wahlwerbespot des Parlaments

Mit über 75 Millionen Aufrufen in einer Woche hat der Film „Wählen Sie Ihre Zukunft“, Teil einer Sensibilisierungskampagne des Parlaments, eine außergewöhnliche Wirkung gezeigt.



Seit der Veröffentlichung am Donnerstag, den 25. April wurde der [3-minütige Film](#) über 75 Millionen Mal gesehen. Das ist ein beispielloser Erfolg für eine institutionelle Kampagne. Der Film ist in allen 24 EU-Amtssprachen, weiteren EU-Sprachen und fünf Weltsprachen (Arabisch, Chinesisch, Russisch, Hindi und Türkisch) untertitelt. Er wurde auch in 31 Gebärdensprachen sowie internationaler Gebärdensprache mit Unterstützung der Europäischen Union der Gehörlosen produziert.

Der preisgekrönte Regisseur Frédéric Planchon hat Regie geführt. Entwickelt und produziert wurde der Film vom Auftragnehmer des Parlaments, European Broadcast Partners, und seinem Unterauftragnehmer &Co./NoA. In dem Film werden die intensiven und schönen Momente sowie die verschiedenen Gefühle dokumentiert, die wir empfinden, wenn ein Mensch auf die Welt kommt. Der Zuschauer soll angeregt werden, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, warum wir zur Wahl gehen. Alle im Film gezeigten Geburten sind echt.



europawahl 26. mai 2019
diesmalwaehleich.eu

wähle deine zukunft

Der Film ist das Herzstück der Parlamentskampagne zur Europawahl 2019 und soll die Europäer für ihre gemeinsamen Werte, Gefühle und ihre gemeinsame Verantwortung sensibilisieren. In den Worten des jungen Mädchens, deren Stimme wir im Film hören: *„Jeder von uns kann ein Zeichen setzen, aber gemeinsam können wir einen echten Unterschied machen.“*

Die Kampagne des Europäischen Parlaments umfasst auch die Webseite diesmalwaehleich.eu, die die Bürger für die Europawahl sensibilisieren soll. Bisher haben sich dort mehr als 270 000 Personen angemeldet.

Die Europawahlen finden **vom 23. bis 26. Mai** in allen EU-Ländern statt.
(siehe auch WS 18/19) • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäische Kommission – Vier neue europäische Bürgerinitiativen registriert

Die EU-Kommission hat am 30. April beschlossen, vier neue Europäische Bürgerinitiativen zu registrieren:

- „Schnelle, gerechte und wirksame Lösung zur Bekämpfung des Klimawandels“,
- „PRO-NUTRISCORE“,
- „Aufhebung der Steuerbefreiung für Flugtreibstoff in Europa“ und
- „Kohäsionspolitik für die Gleichstellung der Regionen und die Erhaltung der regionalen Kulturen“.

Eine weitere vorgeschlagene Bürgerinitiative („Unterbindung des Handelsverkehrs mit israelischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet“) wurde nicht zugelassen, da sie offenkundig außerhalb der in den EU-Verträgen vorgesehenen Handlungsbefugnisse der Kommission liegt.

In dieser Phase des Verfahrens hat die Kommission die vier Initiativen, die registriert werden, noch nicht inhaltlich geprüft, sondern lediglich bestätigt, dass sie rechtlich zulässig sind. Sofern eine Initiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhält, wird die Kommission die Initiative prüfen und binnen drei Monaten darauf reagieren. Die Kommission kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.



**Europäische
Bürgerinitiative**

Die Europäische Bürgerinitiative wurde mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Seit dem Inkrafttreten der daraus resultierenden Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative im April 2012 haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die politische Tagesordnung der Kommission setzen zu lassen. 2017 legte die Europäische Kommission im Zusammenhang mit der Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union [Vorschläge zur Reform der Europäischen Bürgerinitiative](#) vor, um sie noch nutzerfreundlicher zu gestalten. Im [Dezember 2018](#) erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung über die Reform. Die überarbeiteten Vorschriften gelten ab dem 1. Januar 2020. In der Zwischenzeit wurde das Verfahren vereinfacht und eine Kooperationsplattform bietet nun Unterstützung für die Organisatoren. Dies hat dazu beigetragen, dass die Zahl der registrierten Bürgerinitiativen um 14 Prozent gestiegen ist (33 Registrierungen während der Amtszeit der gegenwärtigen Kommission gegenüber 29 unter der vorherigen Kommission) und 80 Prozent weniger Initiativen abgelehnt wurden (nur 4 nicht registrierte Bürgerinitiativen während der Amtszeit der jetzigen Kommission gegenüber 20 in der Amtszeit davor).

- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Europäische Bürgerinitiativen, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden](#)

[Website „Die Europäische Bürgerinitiative“](#)

[Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative](#)



EuGH bestätigt Vereinbarkeit des Investitionsgerichtssystems mit den EU-Verträgen

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 30. April in einer Stellungnahme das System der Investitionsgerichtsbarkeit als vereinbar mit den EU-Verträgen bestätigt. Die EU-Kommission hat in dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen der EU und Kanada eine modernisierte Form der Investitionsgerichtsbarkeit vereinbart. Der Gerichtshof hat nun bestätigt, dass diese neuen Bestimmungen beim Investitionsschutz mit den EU-Verträgen im Einklang sind. In dem Abkommen mit Kanada wird ausdrücklich das Recht öffentlicher Stellen auf Regulierung im öffentlichen Interesse gewährleistet.

„Eines der wichtigsten Versprechen in den politischen Leitlinien, die ich 2014 für diese Kommission vorgelegt habe, war, nicht zu akzeptieren, dass die Zuständigkeit der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch spezielle Regelungen für Investorenstreitigkeiten eingeschränkt ist. Wir haben dies mit dem Investment Court System erreicht, einem innovativen Ansatz, der zur Vorlage für alle EU-Investitionsverhandlungen wurde und das alte Streitbeilegungssystem zwischen Investoren und Staaten, das berüchtigte ISDS, ersetzt“, begrüßte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Bewertung der EuGH.

Das Abkommen mit Kanada enthält eindeutiger und genauere Investitionsschutzstandards, d. h. die Unklarheiten, die zum Missbrauch oder zur exzessiven Auslegung dieser Standards einluden, wurden aus den im CETA festgelegten Regeln getilgt. Zu diesem Zweck wurde eine unabhängige Investitionsgerichtsbarkeit geschaffen. Sie besteht aus einem ständigen Gericht und einem für die Überprüfung der Entscheidungen des Gerichts zuständigen Berufungsgericht. Die Verfahren zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten werden transparent und unparteiisch geführt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [Trade: European Court of Justice confirms compatibility of Investment Court System with EU Treaties](#)

[Der Investitionsschutz im Handelsabkommen mit Kanada](#)

[Die Handelspolitik der EU](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Vorbereitung auf die Europawahl - Mit dem Wahl-O-Mat Positionen verschiedener Parteien entdecken

Auch vor der Wahl zum Europäischen Parlament stellt die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Internet wieder einen Wahl-O-Mat bereit. Seit 2002 wird in Deutschland vor Wahlen dieses Frage-und-Antwort-Spiel eingesetzt, das zeigt, welche zur Wahl zugelassene Partei der eigenen politischen Position am nächsten steht. Für die Europawahl hat die bpb 38 Thesen erarbeitet, zu denen die Nutzer einen Standpunkt einnehmen sollen. Der Wahl-O-Mat errechnet dann zunächst, mit welcher der in Deutschland zur Wahl stehenden Parteien es die meisten Übereinstimmungen gibt.

Außerdem können bei 16 der Thesen die eigenen Meinungen mit den Positionen der Parteien in anderen EU-Staaten verglichen werden. Bei der Entwicklung der europäischen Perspektive von „VoteMatch“ hat die bpb mit 14 europäischen Partnerorganisationen zusammengearbeitet. Über die Meinungen der europäischen Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten und der Europäischen Volkspartei können sich Fernsehzuschauer am 7. Mai ab 22 Uhr in der ARD informieren. Frans Timmermans (SPE) und Manfred Weber (CSU) beantworten dann 90 Minuten lang Fragen des Publikums in der Wahlarena Köln. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 08/19*
(Votematchbanner © bpb)



What party in the EU
is your best match?



7

Zum [Wahl-O-Mat](#)

Webseite mit Mehrheitsrechner - Ergebnisse der Europawahl in Echtzeit verfolgen

Wer die Europawahlergebnisse in den verschiedenen EU-Staaten intensiv verfolgen und sich schon einmal auf die Wahl vorbereiten will, sollte sich eine neue Internetseite des Europäischen Parlaments merken. Auf <https://europawahlergebnis.eu/> werden in der Wahlnacht am 26. Mai in Echtzeit die Gesamt- und die nach einzelnen Ländern aufgeschlüsselten Ergebnisse laufend aktualisiert.

Die Nutzer können mit einem „Mehrheitsrechner“ auch mögliche Koalitionen zwischen Fraktionen erkunden, sobald die ersten offiziellen Prognosen vorliegen. Die Webseite enthält außerdem Informationen über die vergangenen Zusammensetzungen des Europäischen Parlaments seit 1984. Dort lässt sich ersehen, wieviel Sitze die nationalen Parteien jeweils gewonnen haben und welchen Fraktionen im Europaparlament sie angehörten. Außerdem sind alle Ergebnisse auf nationaler Ebene seit 2009, sowie andere Informationen wie zum Beispiel das Geschlechterverhältnis über die Jahre, abrufbar. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 08/19*

Zur [Wahlseite](#) des Europäischen Parlaments



Osterweiterung vor 15 Jahren hat europäische Geografie und Geschichte miteinander ausgesöhnt

Am 1. Mai jährte sich zum 15. Mal die EU-Erweiterung von 2004, als zehn Länder der Europäischen Union beigetreten sind: Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien. „Die Entscheidung im Jahr 2004, zehn weiteren europäischen Ländern die Arme zu öffnen, war ein großer Augenblick für unseren Kontinent und ein großer Moment der Geschichte“, sagte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu. „Der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder und der Mut ihrer Bürgerinnen und Bürger bei der Vorbereitung auf diesen Beitritt haben uns erlaubt, die Geografie unseres Kontinents mit seiner Geschichte auszusöhnen. Ich bin nach wie vor ein großer Erweiterungs-Befürworter.“

Damit diese Mitgliedstaaten beim Wachstum und den Einkommen zum EU-Durchschnitt aufschließen können, hat die EU über [ihre Kohäsionspolitik](#) und seit 2014 über die [Investitionsoffensive für Europa, den sogenannten Juncker-Plan](#), massiv investiert. Diese Investitionen haben auch deshalb zu positiven Ergebnissen geführt, weil neuen Mitgliedstaaten sich stark bemüht haben, Reformen durchzuführen und attraktive Standorte für Investoren und Unternehmen zu werden.

Im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds wurden im Zeitraum 2004 bis 2020 in den 10 Mitgliedstaaten 365,2 Mrd. Euro investiert - das sind 2,6 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung. 31,4 Mrd. Euro wurden seit 2014 in den 10 Mitgliedstaaten im Rahmen des Juncker-Plans zusätzlich investiert.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Investitionen der Kohäsionspolitik in den Mitgliedstaaten gehören die Schaffung von 367.000 Arbeitsplätzen, Breitbandzugang für 9,6 Millionen Menschen und der Zugang für bessere Abwasser- und Wassernetze für 11,4 Millionen Menschen. Seit 2014 haben die Investitionen der Kohäsionspolitik in den 10 Mitgliedstaaten auch dazu geführt, dass 25 Millionen Menschen Zugang zu besseren Gesundheitsdiensten haben. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 30.04.2019](#)

[Faktenblätter zu den einzelnen Mitgliedsländern](#)

[Conference on the 15th Anniversary of the 2004 EU Enlargement: Looking back, looking forward](#)

Mehr als 14 Millionen junge Menschen haben seit 2014 von der Jugendgarantie profitiert

Seit 2014 haben mehr als 14 Millionen junge Menschen von der EU-Initiative Jugendgarantie profitiert. Auch die am 30. April von der Kommission veröffentlichten Arbeitslosenzahlen zeigen den Erfolg der Jugendgarantie: Sowohl die Arbeitslosenquote der 15- bis 24jährigen in der EU (14,6 Prozent) als auch die Quote der 15- bis 25jährigen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden (10,2 Prozent) haben den niedrigsten Stand erreicht, seit die Jugendgarantie 2014 in Kraft getreten ist. Die Jugendgarantie ist damit EU-weit Realität geworden. Sie hat dazu beigetragen, das Leben von Millionen junger Europäerinnen und Europäer zu verbessern.



Seit 2014 haben sich jährlich mehr als fünf Millionen junge Menschen in Jugendgarantie-Programmen registriert. Seitdem haben jedes Jahr über 3,5 Millionen von ihnen ein Stellen-, Weiterbildungs-, Praktikums- oder Ausbildungsangebot angenommen. Bis Ende 2017 erhielten 2,4 Millionen junge Menschen eine direkte Unterstützung durch die Initiative zur Beschäftigung junger Menschen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in allen Mitgliedstaaten zurückgegangen, auch in den am stärksten betroffenen Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien. Auch die Zahl der der 15- bis 25jährigen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden, ist in den meisten Mitgliedstaaten gesunken. Die jüngsten Daten über die Umsetzung der Jugendgarantie und der Jugendbeschäftigungsinitiative weisen jedoch auch darauf hin, dass trotz der guten Fortschritte mehr Anstrengungen erforderlich sind. Die Jugendarbeitslosenquote in der EU ist immer noch doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote, und trotz starker Rückgänge gibt es in der EU immer noch mehr als fünf Millionen junge Menschen, die keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden.

Die Jugendgarantie ist die Zusage aller EU-Mitgliedstaaten, zu gewährleisten, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein hochwertiges Angebot für eine Beschäftigung, eine Weiterbildungsmaßnahme, eine Lehrstelle, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten. Alle EU-Länder haben sich in einer Empfehlung des Rates vom April 2013 zur Umsetzung der Jugendgarantie verpflichtet.

Die Jugendgarantie hat den Schwerpunkt auf frühzeitige Maßnahmen und nicht bei den Arbeitsverwaltungen registrierte Jugendliche gelegt, die sich weder in Ausbildung, noch in Arbeit befinden, und hat die Lücken bei der Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher aufgezeigt. Als Ergebnis haben die meisten öffentlichen Arbeitsverwaltungen ihre Dienste für junge Menschen verbessert und ausgebaut.

Die [EU hat die Mitgliedstaaten](#) bei der [Entwicklung ihrer nationalen Pläne zur Umsetzung der Jugendgarantie](#) unterstützt. Die Kommission unterstützt die Umsetzung der nationalen Programme und erleichtert den Austausch von Erfahrungen durch das [Programm „Voneinander lernen“ der europäischen Beschäftigungsstrategie](#) und Maßnahmen des [EU-Programms für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSi\)](#). • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 30. April 2019](#)

[Länderspezifische Factsheets](#)

[Website der Kommission zur Jugendgarantie](#)

Europäische Batterieallianz - Erste Projekte sollen bald starten

Die Europäische Kommission arbeitet eng mit Deutschland und anderen EU-Staaten zusammen, damit grenzüberschreitende Pläne für die staatliche Förderung der Batteriefertigung schnell in die Tat umgesetzt werden können. Das hat EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager am 30. April im Rahmen des dritten Ministertreffens zur Europäischen Batterieallianz bekräftigt. Zu diesem hatte der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič eingeladen.

Neben der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank nahmen Vertreter aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, der Slowakei, Spanien und Schweden am Treffen teil.



Bereits im Dezember hatte die Kommission [staatliche Beihilfen in Höhe von 1,75 Mrd. Euro für ein gemeinsames Projekt in der Mikroelektronik](#) genehmigt.

Die europäische Batterie-Allianz wurde im Oktober 2017 von Vizepräsident Šefčovič gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und der Industrie ins Leben gerufen. Ziel ist die Schaffung einer wettbewerbsfähigen, innovativen und nachhaltigen Wertschöpfungskette in Europa mit nachhaltigen Batteriezellen in ihrem Mittelpunkt. Laut Prognosen könnte sich der Wert des Batteriemarkts ab 2025 auf 250 Mrd. Euro pro Jahr belaufen. Um allein die Nachfrage in der EU zu decken, werden selbst bei konservativer Schätzung mindestens 20 „Giga-Fabriken“ (Großanlagen für die Batteriezellfertigung) in Europa benötigt. Um so schnell wie möglich das erforderliche Investitionsvolumen in dieser Branche zu erreichen, müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Eine Pressekonferenz ist [bei EbS](#) abrufbar.

[Daily News vom 30.4.2019](#)

[Website der Europäischen Kommission zur Batterieallianz](#)

[Pressemitteilung vom 15.10.2018: Bilanz nach einem Jahr](#)

Deutliche Zunahme der Flüssigerdgasimporte aus den USA

Die EU-Kommission hat am 2. Mai im Rahmen eines hochrangigen EU-USA-Energieforums aktuelle Zahlen zum EU-Import von Flüssiggas (engl. LNG) aus den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Demnach gab es einen Anstieg um 272 Prozent in neun Monaten seit Juli 2018 im Vergleich zum selben Zeitraum davor. Absolut waren dies 10,4 Milliarden Kubikmeter. Hintergrund der Entwicklung ist der andauernde Handelsstreit zwischen den USA und der EU: Um diesen zu entschärfen, hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker US-Präsident Donald Trump im Juli 2018 zugesichert, deutlich mehr amerikanisches Flüssigerdgas zu importieren, um die Energieversorgung zu diversifizieren.

10

Im März 2019 verzeichnete der EU-USA-Handel mit LNG mit über 1,4 Mrd. Kubikmetern sein bisher höchstes Volumen. Mit einem Anteil von 12,6 Prozent an den bisherigen LNG-Einfuhren der EU im Jahr 2019 sind die USA der drittgrößte LNG-Lieferant Europas, während Europa im Januar bis Februar dieses Jahres vor Asien zum wichtigsten Bestimmungsland von LNG aus den USA geworden ist.

Die EU verfügt mit einer aktuellen Reservekapazität von rund 150 Mrd. Kubikmetern laut EU-Kommission über gut entwickelte Kapazitäten für den Import von Flüssigerdgas. Gleichzeitig würden **derzeitige Kapazitäten** angesichts ihrer strategischen Bedeutung für die Diversifizierung und Sicherheit der Energieversorgung **erweitert und neue Kapazitäten aufgebaut (unter anderem in Kroatien und Polen)**. • *dw Quelle: KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Flüssigerdgasimporte aus den USA um 272 Prozent gestiegen - EU und USA organisieren hochrangiges B2B-Energieforum](#)

[Gemeinsame Erklärung der EU und der USA](#)

[Factsheet: Entwicklung des LNG-Handels zwischen der EU und den USA](#)



Sorge um den Verlust der Biodiversität

Eine am 6. Mai 2019 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zeigt die zunehmende Sorge der Europäer über den Zustand von Natur und Klima sowie den Verlust an Biodiversität. Für 98 Prozent der Deutschen stelle die Verschmutzung von Luft, Böden und Wasser eine Bedrohung für die Biodiversität dar. Ein großer Teil der Befragten sieht Umweltschutz als wesentlich für die Bekämpfung des Klimawandels an.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage machen deutlich, dass das Verständnis der Bürger und Bürgerinnen für die Bedeutung der Biodiversität gestiegen ist. Viele halten Maßnahmen auf EU-Ebene im Bereich der Biodiversität für geeignet, die Natur wiederherzustellen und Schäden auszugleichen.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage und die veröffentlichten wissenschaftlichen Erkenntnisse des IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) seien für die EU-Kommission Verpflichtung und Aufgabe, für ein starkes globales Übereinkommen für Natur und Mensch im Jahr 2020 hinzuarbeiten, unterstrich der EU-Umweltkommissar Karmenu Vella.

Die entsprechende Pressemitteilung und weitergehende Informationen finden sie [hier](#). • *sm*

Kreislaufwirtschaft: Quantifizierung von Lebensmittelabfällen in der EU

Die EU-Kommission hat eine Methodik zur Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen beschlossen. Damit werden die Bemühungen für ein nachhaltigeres Lebensmittelsystem vorangetrieben. Die Methodik soll die Mitgliedstaaten bei der Erfassung der Lebensmittelverschwendung auf jeder Stufe der Versorgungskette unterstützen.

Die Vermeidung von Lebensmittelabfällen sein ein wesentliches Element, um ein nachhaltiges Lebensmittelsystem zu entwickeln. Es handele sich um einen weiteren Schritt, zur Verwirklichung des globalen Ziels für nachhaltige Entwicklung, die Lebensmittelverschwendung auf Einzelhandels- und Verbraucherebene bis 2030 pro Kopf zu halbieren.

Grundlage ist das überarbeitete EU-Abfallrecht, das spezifische Maßnahmen zur Vermeidung der Lebensmittelverschwendung vorsieht. Danach sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Programme zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen umzusetzen und die Verschwendung auf jeder Stufe der Lieferkette zu verringern, zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten.

Der delegierte Rechtsakt soll dem Parlament und dem Rat bis Ende Juli übermittelt werden.

Die entsprechende Pressemitteilung und weitergehende Informationen finden sie [hier](#). • *sm*

Öffentliche Konsultation: Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V)

Die Europäische Kommission führt aktuell bis einschließlich 17. Juli 2019 eine öffentliche Konsultation zu den Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) durch. Sie richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen und Behörden. Die TEN-V-Politik fördert den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Die Konsultation bewertet die aktuelle Situation mithilfe der Kriterien



Relevanz, Wirksamkeit und Effizienz sowie der Übereinstimmung der Leitlinien mit anderen Politikbereichen der EU. „In der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau des TEN-V ist vorgesehen, dass die Kommission bis zum 31. Dezember 2023 die Verwirklichung des Kernnetzes überprüft und dabei Folgendes bewertet: Einhaltung der TEN-V-Bestimmungen, Fortschritte bei der Realisierung, Veränderungen bei den Personen- und Güterverkehrsflüssen, Entwicklungen bei den Investitionen in nationale Verkehrsinfrastrukturen sowie den Änderungsbedarf.“ Weitere Informationen finden Sie [hier](#). • sv

Agrar - Leichter Zugang zu Finanzierung für Junglandwirte

Ab 29. April 2019 stellt die Europäische Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein mit einer Milliarde Euro ausgestattetes Darlehenspaket zur Verfügung. Dieses zielt darauf ab, Landwirten in der EU, insbesondere Junglandwirten, den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Beteiligte nationale Banken sollen noch einmal den gleichen Betrag zur Verfügung stellen, so dass sich die Gesamtmittel auf zwei Milliarden Euro verdoppeln. Im Jahr 2017 lehnten Banken 27 Prozent der Kreditanträge von Junglandwirten ab, bei anderen Landwirten nur neun Prozent. Das Darlehensprogramm sieht u. a. niedrigere Zinsen und großzügigere Bedingungen für die Rückzahlungen vor. Ziel dieser Darlehen bestehe darin, Junglandwirte zu unterstützen und die Folgen des Klimawandels einzudämmen. Die vollständige Pressemitteilung der EU [hier](#). •ms



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Drei Ministerpräsidenten fordern Unterstützung der EU beim anstehenden Kohleausstieg

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff reiste am Montag, den **06. Mai** 2019 nach Brüssel, um gemeinsam mit Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke mehrere Termine wahrzunehmen die dem Ziel dienen, in der KOM für eine Unterstützung der von dem deutschen Ausstieg aus der Kohleverstromung



betroffenen Länder zu werben.

In diesem Sinne trafen sich die Ministerpräsidenten mittags zunächst mit dem für Haushalt und Personal zuständigen Kommissar Günther H. Oettinger. Im Rahmen dieses Treffens wurden sie auch durch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker willkommen geheißen. Mit Kommissar Oettinger unterhielten sich die Ministerpräsidenten über die Ansätze zur Unterstützung des anstehenden Strukturwandels und drohende Mittelverluste für die ostdeutschen Länder in der Förderperiode 2021 – 2027.

Im Anschluss trafen die Ministerpräsidenten Marc Lemaître, Generaldirektor GD Regio und sprachen über Strukturförderung ab 2021 im Allgemeinen und unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen für den Strukturwandel in den ostdeutschen Braunkohlerevieren. Man sprach sowohl über den Vorschlag des EP für einen Fonds ab dem



Jahr 2021 als auch über andere Möglichkeiten, wie den Ausgleich über Wege innerhalb der Instrumente der Kohäsionspolitik.

Das letzte Gespräch des Tages in diesem Kontext führten die Ministerpräsidenten mit Johannes Laitenberger, Generaldirektor GD COMP. Mit ihm sprachen Sie speziell zu den Möglichkeiten der künftigen Gestaltung des Beihilferahmens für die ostdeutschen Kohleregionen. Den Ministerpräsidenten war es ein Anliegen darzustellen, dass

es sich bei der gegebenen Situation nicht um einen natürlichen Strukturwandel handele, sondern dieser bewusst von DE in Kauf genommen werde, um zu dem gemeinsamen Ziel der EU, der Minderung des CO₂-Ausstosses, beizutragen. Sie führten vor Augen, dass bei dem Verlust von Arbeitsplätzen Abwanderung und Destabilisierung in den Regionen drohe und legten dar, wie bedeutend die Möglichkeit sei, für große Unternehmen, beispielsweise zum Ausgleich infrastruktureller Nachteile,



Anreize zu schaffen, in den Regionen weiter zu investieren und für Arbeitsplätze zu sorgen. Ministerpräsident Haseloff betonte, dass es wichtig sei, großen Unternehmen an dieser Stelle mit beihilferechtlichen Freistellungen entgegenzukommen. Wegfallende Arbeitsplätze bergen das Risiko von Abwanderung und Destabilisierung erläuterten die Ministerpräsidenten. • gj
Fotos: Dr. Schuppe

14

Bericht zur Podiumsdiskussion „Digitale Gewitterwolken – (Wie) Sollte die EU Plattformen regulieren?“

Internet-Plattformen wie Amazon, Apple, Facebook oder Google sind mittlerweile ein essentieller Bestandteil geschäftlicher und privater Kommunikation. Während Coca-Cola jahrelang die unangefochtene Nummer Eins der wertvollsten Marken war, zeigt sich hier einmal mehr der Siegeszug der Plattformen. Inzwischen belegen Apple, Google und Amazon die Plätze Eins bis Drei. Mit der immer größer werdenden Bedeutung von Plattformen in unserer Gesellschaft, geraten sie zunehmend in den Fokus staatlicher Regulierung. Vor diesem Hintergrund sollte unter dem spannungsaufgeladenen Titel „Digitale Gewitterwolken“ im Rahmen der Podiumsdiskussion, die **am 6. Mai** 2019 anlässlich der Europawoche in der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg stattfand, der Frage nachgegangen werden: (Wie) Sollte die EU Plattformen regulieren? Die Vielseitigkeit der Debatte spiegelten zunächst die Diskutanten wieder: Unter der Moderation von Sabine Overkämping (Referatsleiterin für Europa- und Völkerrecht im Ministerium für Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt) diskutierten Stefan Herwig (Mindbase Strategic Consulting), Start-up-Gründer Martin Apler und Jens Präkelt (GHEED), Verena Schneider (Justitiarin der Medienanstalt Sachsen-Anhalt), Prof. Dr. Daniela Seeliger (Rechtsanwältin und Mitglied in der Kommission Industrie 4.0 des BMWi) und der Urheberrechtsprofessor Malte Stieper, dessen Lehrstuhl gemeinsam mit dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes und in Kooperation mit der Deutschen



Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) die Veranstaltung organisierte.

Professor Stieper begann die Diskussionsrunde mit dem Hinweis darauf, dass es Plattformen schon immer gegeben habe, es aber Unterschiede zwischen dem mittelalterlichen Markt und Intermediären wie Google & Co. gebe. Sodann arbeitete er bereits eines der zentralen Probleme heraus: die Anonymität der Plattformnutzer. Diese führe u. a. dazu, dass Rechtsverletzer schwieriger zu finden seien. Die Frage, ob Plattformen staatlich reguliert werden sollen, beantwortete Professor Stieper mit einem klaren „Ja“. Er betonte



aber, dass eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit von Plattformen nicht gewollt sei, sondern es um die Festlegung eines verlässlichen Rechtsrahmens gehe.

Professorin Seeliger beleuchtete das Problem aus der kartellrechtlichen Perspektive. Sie benannte als konkretes Problem die Intermediationsmacht von Plattformen, kraft derer sie „die Spinne im Netz“ seien und als „Gatekeeper“ über den Zugang wachen. Professorin Seeliger, die sich ebenfalls für eine Regulierungsnotwendigkeit aussprach, zeigte bereits Regulierungsansätze auf. Die Intermediationsmacht von Plattformen mit der kartellrechtlich bekannten Marktmacht gleichzusetzen, den Zugang zu den Plattformen zu öffnen oder die Plattformbetreiber von den Händlern auf der Plattform zu trennen, waren dabei nur einige Lösungsvorschläge.

Mit dem Statement von Herrn Herwig kamen schließlich auch ökonomische Aspekte nicht zu kurz. Er stellte die bisherigen Narrative in Frage, wonach Europa die Digitalisierung verschlafen hätte, man mit herkömmlichen Regeln Plattformen regulieren und ein „aufgebohrtes“ Kartell- und Wettbewerbsrecht die Lösung des Problems sein könne. Herr Herwig wagte die These, dass auf den Siegeszug der Plattformen in der Vergangenheit bereits nicht regulatorisch reagiert worden sei, was bereits jetzt Marktversagen zur Folge habe.

Den Standpunkt der Unternehmer nahmen Herr Präkelt und Herr Apler ein. Eine Regulierung befürworteten sie zwar im Ergebnis, der zeitliche und finanzielle Aufwand müsse aber zu bewältigen sein. Auch dürfe es nicht zu einem „Overblocking“ kommen.

Frau Schneider befürwortete eine Regulierung vor allem vor dem Hintergrund der Meinungsmacht von Plattformen. Auch sie wies auf die Gefahren der Überregulierung hin. Als konkrete Maßnahme benannte sie Auskunftsrechte, die beispielsweise der Landesmedienanstalt zustehen müssten, damit sich Rechtsverletzer nicht hinter der Anonymität des Internets verstecken können.

In der lebhaften Diskussion, die durch zahlreiche Publikumsbeiträge bereichert wurde, konnten Aspekte des Datenschutzes inklusive des massenhaften Datensammelns sowie die Frage nach einer weltweiten Regulierung aufgrund der fortschreitenden Zeit nur angerissen werden. Professor Stieper wünschte sich in seinem Abschlussstatement eine Initiative des Gesetzgebers, der die Regulierung nicht den Plattformen selbst überlassen dürfe. Konkret schlägt er die Einrichtung einer europaweit harmonisierten und vernetzten Medienaufsicht vor. Es wird sich zeigen, ob sich dieser Wunsch erfüllt.

- Susanne Holotiuk, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Das europäische Demografie-Netzwerk plant gemeinsame Aktivitäten

Das „Demographic Change Regions Network“, kurz DCRN, traf sich am vergangenen Montag, 6. Mai 2019, nach längerer Pause um zukünftige gemeinsame Aktivitäten zu planen. 22 Teilnehmer aus 16 Regionen Europas waren anwesend und tauschten sich über gemeinsame regionale Herausforderungen und Lösungsansätze aus. Den Vorsitz des Netzwerkes führen Sachsen-Anhalt und Castilla y León. Das informelle Netzwerk zielt darauf ab, durch gemeinsame Aktivitäten in Brüssel die vielfältigen Auswirkungen des demografischen Wandels in den Regionen Europas zu beleuchten, sich mit Entscheidungsträgern auszutauschen und das Thema als Priorität in den Europäischen Institutionen zu verankern. • sv





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Start der Kampagne „Europa in meiner Region“

Sie arbeiten an einem EU-finanzierten Projekt und möchten der Welt davon erzählen? **#EUinmyRegion** kann Ihnen dabei helfen Ihr Projekt sichtbar zu machen. Die Kommission hat am 2. Mai den Startschuss zu ihrer jährlichen Info-Kampagne „Die EU in meiner Region“ gegeben, die bis Ende des Monats läuft. Dazu gehören ein Foto- und ein Geschichtenwettbewerb, ein Quiz und Unterstützung bei der Erstellung eines Videoclips oder der Organisation eines "Open Days" am Ort des EU-geförderten Projekts.



#EUinmyregion

EU-Regionalkommissarin Corina Crețu erklärte: „Ob neue medizinische Geräte für Krankenhäuser, Breitbandzugang für Dörfer oder ein besserer Zugang zu Finanzmitteln für kleine Unternehmen - EU-Investitionen verbessern das Leben der Menschen. Die Bürger sind sich dessen nicht immer bewusst, und unsere Pflicht ist es, besser zu vermitteln, was Europa täglich für sie tut. Genau das tut die EU-Kampagne in meiner Region.“ • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 2. Mai 2019](#)

Kampagnenseite [#EUinmyRegion](#)

17

Kommission startet nächste Bewerberrunde für 20.000 DiscoverEU-Tickets

Die EU stellt seit dem 2. Mai 18-Jährigen weitere 20.000 Travel-Pässe für eine Europa-Reise zur Verfügung. Alle 18-Jährigen in der EU können sich bis zum 16. Mai 2019 bewerben, um zwischen dem 1. August 2019 und dem 31. Januar 2020 Europa zu erkunden. Bisher hatten rund 30.000 junge Menschen die Gelegenheit, mit DiscoverEU durch Europa zu reisen, das reiche kulturelle Erbe des Kontinents zu erkunden, Menschen kennenzulernen, von anderen Kulturen zu lernen und so zu erfahren, was Europa eint. Aus Deutschland haben sich bisher mehr als 34.000 junge Menschen beworben, fast 4.800 Bewerbungen waren erfolgreich.

Die neue Bewerberrunde findet im Anschluss an ein sehr erfolgreiches erstes Jahr der Initiative statt, die es jungen Menschen ermöglicht, die kulturelle Vielfalt und gemeinsamen Werte Europas zu entdecken. Im zweiten Jahr von DiscoverEU konzentriert sich die Europäische Kommission darauf, den Aspekt des Lernens des Projekts zu stärken. Die Teilnehmer erhalten Informationen und Reisetipps für sehenswerte Orte in Europa. Für Interessierte gibt es auch ein Reisetagebuch, in dem sie ihre Erfahrungen festhalten können. Sie haben außerdem die Möglichkeit, während ihrer Reise an organisierten gemeinschaftsbildenden Veranstaltungen teilzunehmen.





Gleichzeitig arbeitet die Kommission daran, DiscoverEU für alle zugänglicher zu machen: die Nutzung des Bewerbungssystems soll weiter vereinfacht, Tipps für kostengünstiges Reisen bereitgestellt und die Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderung so weit wie möglich berücksichtigt werden, damit auch sie reisen können.

Wer kann sich bewerben und wie geht das?

Bewerber müssen zwischen dem 2. Juli 2000 (einschließlich) und dem 1. Juli 2001 (einschließlich) geboren und bereit sein, zwischen dem 1. August 2019 und dem 31. Januar 2020 für einen Zeitraum von höchstens 30 Tagen zu reisen. Interessenten können sich über das [Europäische Jugendportal](#) bewerben. Ein Bewertungsausschuss wird die Bewerbungen prüfen und die Gewinner auswählen. Die Ergebnisse werden Mitte Juni 2019 mitgeteilt.

Die erfolgreichen Bewerber können einzeln oder in Gruppen von bis zu fünf Personen reisen. Sie werden vor allem mit dem Zug unterwegs sein. Damit jedoch möglichst viele junge Menschen teilnehmen können, dürfen auch andere Verkehrsmittel wie Busse, Fähren oder – ausnahmsweise – das Flugzeug benutzt werden. So sollen auch junge Menschen teilnehmen können, die in entlegenen Gebieten oder auf Inseln der EU leben.

Hintergrund

DiscoverEU bietet jungen Europäerinnen und Europäern, auch aus benachteiligten Verhältnissen, die Möglichkeit, auf Reisen zu lernen. Die Kommission hat die Initiative im Juni 2018 mit einem ursprünglichen Budget von 12 Mio. Euro eingeleitet; für 2019 sind 16 Mio. Euro vorgesehen. Bisher hatten im Rahmen von DiscoverEU rund 30.000 junge Menschen die Gelegenheit, durch Europa zu reisen, das reiche kulturelle Erbe des Kontinents zu erkunden, Menschen kennenzulernen, von anderen Kulturen zu lernen und so zu erfahren, was Europa eint. Im ersten Jahr von DiscoverEU ist aus Tausenden jungen Menschen in ganz Europa eine Gemeinschaft entstanden. Teilnehmer/innen, die sich nie zuvor begegnet waren, schlossen sich in den sozialen Medien zu Gruppen zusammen, um gemeinsam von Stadt zu Stadt zu reisen oder um sich gegenseitig zu beherbergen.

Die Europäische Kommission plant vor Ende 2019 eine vierte Bewerbungsrunde.

Im nächsten langfristigen EU-Haushalt (2021-2027) sind 700 Mio. Euro für DiscoverEU im Rahmen des künftigen [Erasmus-Programms](#) vorgesehen. Wenn das Europäische Parlament und der Rat dem Vorschlag zustimmen, werden zwischen 2021 und 2027 weitere 1,5 Millionen 18-Jährige auf Reisen gehen können. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: DiscoverEU: EU stellt 18-Jährigen weitere 20 000 Travel-Pässe für eine Europa-Reise zur Verfügung](#)

[Fragen und Antworten zu DiscoverEU](#)

[Infoblatt](#)

[Europäisches Jugendportal](#)

[Facebook-Seite von European Youth](#)



Programm für Nachwuchsjournalisten - Trainingsprogramm zu gewinnen

33 junge Europäerinnen und Europäer, die sich für Journalismus interessieren, können eine Reise nach Brüssel gewinnen, inklusive Trainingsprogramm. Im Rahmen des Programms **Youth4Regions** lädt die EU-Kommission ein, Texte oder Bilder über Projekte in der ganzen EU einzusenden, die durch den Gemeinschaftshaushalt gefördert werden. Die Gewinner können im Oktober dann über die Europäische Woche der Städte und Regionen in Brüssel berichten, das europäische Hauptereignis des Jahres zur EU-Kohäsionspolitik. Außerdem winken Trainingskurse mit Journalisten, Besuche der EU-Institutionen und Veröffentlichungen im Kommissionsmagazin „Panorama“.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 08/19*



Zum Programm [Youth4Regions](#)

Aktion von Creative Europe Desks Deutschland - Motivation zum Wählen wird mit EU-Hoodie belohnt

Wer bis zum 8. Mai einen originellen Vorschlag macht, wie man seine Freunde und Bekannten am besten motiviert, sich an der Europawahl zu beteiligen, kann einen von fünf EU-Kapuzenpullis gewinnen – einen **#EUunify Hoodie**. Beteiligen kann man sich an dem Wettbewerb über die Facebookseite der Creative Europe Desks Deutschland (CEDs).



Die CEDs sind für die Abwicklung des EU-Programms Creative Europe MEDIA zuständig, durch das etwa Filme wie „Monsieur Claude“, „Toni Erdmann“ oder „Babylon Berlin“ unterstützt wurden. Seit dem Start des MEDIA Programms im Jahr 1991 hat sich die Anzahl der europäischen Filme in den Kinos verdreifacht. Allein in Deutschland wurden aus dem MEDIA Programm fast 200 Millionen Euro von 2007 bis 2018 investiert.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 08/19*

[Creative Europe Desk](#) auf Facebook



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Technologieg esuch Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Technologien für neurologische Rehabilitation gesucht</p> <p>Eine spanische Klinik, die sich auf die Unterstützung von Schlaganfallpatienten bei der Wiederherstellung ihrer Mobilität und der Lebensfähigkeiten spezialisiert hat, hat ein innovatives Fitnessstudio entwickelt, in dem Schlaganfallpatienten ihre Mobilität verbessern können. Das Unternehmen sucht nach innovativen Technologien, um Patienten mit neurologischen Verletzungen dabei zu helfen, ihre Unabhängigkeit wiederherzustellen, sei es durch die Verbesserung der Mobilität oder durch kognitive Fähigkeiten.</p> <p>Der gesuchte Partner sollte über eine hohe Spezialisierung in der Entwicklung von Technologien zur neurologischen Rehabilitation verfügen. Partner können KMU, Forschungszentren, Universitäten, Patientenverbände, öffentliche Einrichtungen oder Krankenhäuser sein.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/563a726b-f8cd-4b8f-9b2a-fee104fbf8c</p> <p>Referenznummer: TRES20190430001</p>



Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Israel	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Lieferant für elektronische Komponenten für Industriesysteme gesucht Ein israelisches Unternehmen liefert elektronische Komponenten für Industriesysteme in verschiedenen Branchen, wie Medizin, Datenverarbeitung, Telekommunikation, Netzwerke und andere. Gesucht werden neue Hersteller von Komponenten, wie Performance-Backplanes (Leiterplatten) und Slot-Systemen sowie aus den Bereichen Automatisierung, Elektromechanik, Embedded Solutions und PCB (Printed Circuit Boards). Es soll ein Handelsvertretervertrag oder ein Vertriebsvertrag geschlossen werden. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/9bdb351f-4cba-4feb-80f5-fe8cd6499598 Referenznummer: BRIL20190430001
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Distributor von Industrieanlagen in Frankreich sucht nach neuen Herstellern von Maschinen für die Automobil-, Luftfahrt-, Schienen- und Bauindustrie. Ein französisches Unternehmen mit langjähriger Erfahrung im Vertrieb von maßgeschneiderten Industrieanlagen sucht nach Herstellern von Produktionstechnologien für die Automobil-, Luftfahrt-, Schienen- und Bauindustrie, die daran interessiert sind, ihren Vertrieb in Frankreich auszubauen. Von Interesse sind Maschinen für die Bereiche Messtechnik, Forschung und Entwicklung (z.B. Prüfstände) oder Zerspanung. Das Unternehmen und der potenzielle Partner werden gemeinsam einen Aktionsplan, den Leistungsumfang und die Vertragsbedingungen festlegen. (Kommerzielle) Dienstleistungsvereinbarungen sind erwünscht.



		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/39a03c56-0167-4df2-9117-e1e196bf8cf5</p> <p>Referenznummer: BRFR20190426001</p>
<p>Geschäftliches Gesuch</p> <p>Enterprise Europe Network</p> <p>Kroatien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Kroatisches Unternehmen aus dem Bereich Metallurgie bietet Vertriebsdienste an</p> <p>Ein Unternehmen aus Kroatien, das sich auf die Herstellung von Metallprodukten, aber auch auf den Vertrieb spezialisiert hat, bietet potenziellen Partnern aus Europa und darüber hinaus ein Vertriebsabkommen und Handelsvermittlungsdienstleistungen an. Das Angebot richtet sich an Unternehmen, die verschiedene Metallprodukte herstellen und ihren Vertrieb auf den kroatischen Markt ausweiten wollen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/aacf5781-7d0d-4234-934a-d0eb9b925613</p> <p>Referenznummer: BRHR20190426001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Tipp - Das Europa-Ticket Sachsen-Anhalt: Die neue Initiative für junge Menschen aus Sachsen-Anhalt

Pünktlich mit dem Beginn der Europawoche 2019 in Sachsen-Anhalt fiel auch der Startschuss der neuen Initiative für junge Menschen aus Sachsen-Anhalt: das „Europa-Ticket Sachsen-Anhalt“. Seit Montag, dem 06. Mai 2019, können sich junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren aus Sachsen-Anhalt für eines der Europa-Tickets bewerben. Diese finanzielle Hilfe in Höhe von je 150 Euro richtet sich an junge Menschen, die einen begebnungsorientierten Auslandsaufenthalt vorhaben, um diese Auslandserfahrung jedem, unabhängig vom Portemonnaie der Eltern, zu ermöglichen. Für eine solche Auslandserfahrung gibt es viele Möglichkeiten, von der Arbeit als Freiwilliger im Europäischen Solidaritätskorps über eine internationale Jugendbegegnung und Workcamps bis hin zur Rucksackreise mit dem Interrail-Ticket oder Praktika.

Die Tickets werden von Unternehmen, Vereinen, Stiftungen und Organisationen sowie anderen Einrichtungen und Privatpersonen gespendet. Dafür werden laufend weitere Sponsoren gesucht, die eines oder mehrere Tickets übernehmen und es so jungen Menschen ermöglichen, ihren Horizont zu erweitern, Menschen aus anderen Ländern zu treffen und soziale sowie berufliche Kompetenzen zu entwickeln. Informationen für interessierte junge Menschen ebenso wie für potentielle Sponsoren sind auf der Internetseite www.europa-ticket.de verfügbar. Bei Fragen können Sie sich an GOEUROPE! unter der E-Mail-Adresse info@europa-ticket.de wenden.

Das Europa-Ticket Sachsen-Anhalt ist eine Initiative von GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt und der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg in Kooperation mit IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

150 € Förderung für Europa-Entdecker:

www.europa-ticket.de

z. B. für: JUGENDBEGEGNUNG WORKCAMP PRAKTIKUM WORK & TRAVEL
INTERRAIL FREIWILLIGENDIENST UND VIELES MEHR. JETZT BEWERBEN!





GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Vom 23. bis 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Auf dem Endspurt zur EU-Wahl möchten wir ab dieser Woche uns in diesem Quiz mit einem siebenwöchigen Europawahl-Spezial verschiedenen Politikbereichen der EU widmen, die auch im Rennen um die Sitze im Europäischen Parlament eine Rolle spielen, natürlich neutral und überparteilich. In dieser Woche drehen sich unsere Fragen um Sozialpolitik.



24

1. Der soziale Bereich liegt weitestgehend in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten. Doch es gibt Ausnahmen. In welchem Gebiet kann auch die EU ergänzend zu den Mitgliedsstaaten tätig werden?
 - a. Arbeitssicherheit
 - b. Streikrecht
 - c. Entgeltregelungen
2. Das wichtigste Instrument, mithilfe dessen die EU soziale und berufliche Eingliederung fördert und steuert, ist der bereits im Jahr 1957 eingeführte Europäische Sozialfonds (ESF). Welches Volumen hat der Europäische Sozialfonds in der aktuellen Förderperiode zwischen 2014 und 2020?
 - a) 1 Milliarde Euro
 - b) 55 Milliarden Euro
 - c) 80 Milliarden Euro



3. Auch die Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau ist Teil der Sozialpolitik der EU. Anfang Februar verständigten sich Kommission, Parlament und Rat auf eine neue Richtlinie zum Thema Elternzeit und Angehörigenpflege. Diesem Kompromiss muss nun noch offiziell zugestimmt werden. Welche Regelungen sieht er vor?
- a) Bezahlte Elternzeit für mindestens zwei Monate
 - b) Mindestens zehntägigen bezahlten Vaterschaftsurlaub
 - c) Mindestens 10 Tage bezahlten Pflegeurlaub für Angehörige



Antworten:

1. a) Die EU wird laut Art. 153 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU) unterstützend und ergänzend tätig im Bereich Arbeitssicherheit, ebenso wie in den Bereichen Gleichstellung von Mann und Frau, Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, sozialer Sicherheit und den Beschäftigungsbedingungen von Nicht-EU-Bürgern, u.a. Ausgeschlossen vom Eingriff der EU sind laut Absatz 5 Entgeltregelungen, Streik- und Koalitionsrecht sowie Aussperrungsrecht. Insgesamt verfolgt die EU mit ihrer Sozialpolitik die Förderung der Beschäftigung, die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, sozialen Schutz und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

2. c) In dem Zeitraum von 2014 bis 2020 beträgt die Förderung durch den ESF insgesamt etwa 80 Milliarden Euro, davon knapp 7,5 Milliarden in Deutschland. Laut EU werden dadurch jedes Jahr etwa 10 Millionen Menschen in der gesamten EU gefördert. Damit ist der ESF das wichtigste Instrument der EU zur Förderung der Beschäftigung und sozialen Eingliederung. Gleichzeitig ist er auch der älteste der fünf Struktur- und Investitionsfonds. Schwerpunkt des ESF in der aktuellen Förderperiode ist die Förderung von nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und die Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte, die Förderung der sozialen Inklusion und die Bekämpfung von Armut und Diskriminierung, Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie die Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von Behörden. Umgesetzt wird das Programm meist in Projekten vor Ort, etwa durch Behörden, NGOs und Sozialpartner. Auch GOEUROPE! Sachsen-Anhalt wird aus ESF-Mitteln unterstützt.

3. a) b) Die neue Richtlinie sieht erstmals ein Recht auf bezahlte Elternzeit für mindestens zwei Monate für beide Elternteile vor, welche auch nicht übertragbar ist, sowie das Recht auf einen bezahlten, mindestens zehntägigen Vaterschaftsurlaub direkt nach der Geburt, und eine bezahlte Pflegeauszeit für Angehörige. Diese soll allerdings lediglich für mindestens fünf Tage vorgeschrieben sein. Bisher gilt die Richtlinie 2010/18/EU, wo zwar ein Anrecht auf eine viermonatige Elternzeit festgehalten ist, welche aber nicht bezahlt werden muss. Auch die bezahlte Pflegeauszeit und der Vaterschaftsurlaub sind eine Neuerung. Den kompletten Vorschlag der Richtlinie finden Sie auf der EU-Seite EUR-Lex: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52017PC0253>.

Dies war Teil 5 unseres Wahl-Spezials. Bei Fragen zur EU und Bereichen der EU-Politik können Sie sich an das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle wenden (info@europedirect-halle.de).



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Steffi Mitschke (SM)	Hospitantin	...16	E-Mail
Anna Hillendahl (AH)	Praktikantin	...22	E-Mail
Jennifer Vinzelberg (JV)	Praktikantin	...22	E-Mail
Martin Wöpke (MW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

